

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhsh. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Postgeld. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig:**
Lauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorrat 40 Pfg., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamesp. 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorrat, 50 Pfg., Reklamesp. 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Die Kreditabsperrung der Städte

Statt Ersparnis Mehrausgaben

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich auf seiner letzten Tagung erneut mit der finanz- und wirtschaftspolitischen Lage befaßt und einstimmig nachfolgender Entschluß gefaßt:

„Der Vorstand des Deutschen Städtetages ist der Auffassung, daß das gesamte deutsche Volk in allen seinen Teilen den durch die Reparationsverpflichtungen des Reiches bedingten wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen Rechnung tragen muß. Die deutschen Städte sind sich ihrer Verantwortung dem Volksganzen gegenüber bewußt und gewillt, auch ihrerseits der außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Lage Deutschlands bei ihren finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen voll Rechnung zu tragen.“

Schon vor Monaten hat der Vorstand des Deutschen Städtetages mit allem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, nichtdringliche Ausgaben zurückzustellen. Angesichts der Entwicklung der Gesamtlage richtet er an seine Mitgliedsstädte erneut die Bitte, alle Ausgaben zu unterlassen, die nicht für unmittelbar kommunalproduktive Zwecke bestimmt sind. Durch Beschluß vom 23. Januar 1928 hat sich der Vorstand des Deutschen Städtetages aus eigenem Antrieb bereiterklärt, der Öffentlichkeit alle notwendigen Unterlagen zugänglich zu machen, um ihr fortlaufend einen Überblick über die kommunale Finanzgebarung und insbesondere über die Verwendung der aufgenommenen Anleihebeträge zu ermöglichen.

Die deutschen Städte sind infolge Verjagens des inländischen Kapitalmarktes zur Befriedigung ihrer dringenden wirtschaftlichen und produktiven Ausgaben auf dem ausländischen Kapitalmarkt angewiesen. Eine unterschiedliche Behandlung der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft ist in keiner Weise gerechtfertigt. Durch künstliche Absperrung des ausländischen Kapitalmarktes werden die deutschen Städte gehindert, ihren international anerkannten hohen Kredit zugunsten der gesamten deutschen Wirtschaft auszunutzen. Die Gemeinden sind bereit, für das Jahr 1928/29 an der Aufstellung eines Gesamtplanes für den dringlichen Auslandsanleihebedarf mitzuarbeiten, der den reparationspolitischen Gesichtspunkten und den Verhältnissen am ausländischen Kapitalmarkt Rechnung trägt.

Von der Ueberzeugung erfüllt, daß die den deutschen Städten obliegende Arbeit für Staat und Volk nur auf der Grundlage gemeindlicher Selbstverwaltung und Selbstverantwortung geleistet werden kann, richtet der Vorstand des Deutschen Städtetages an

die Reichsregierung das dringende Ersuchen, nunmehr mit größter Beschleunigung die Hemmnisse zu beseitigen, die einer sofortigen Erschließung des ausländischen Anleihegeschäftes entgegenstehen.“

Zu der Aushungerungspolitik, die Herr Schacht gegenüber den Städten treibt, liefert die Frankfurter Zeitung einen aufschlußreichen Beitrag. Der Stadt Frankfurt war es in jüngster Zeit gelungen, eine Auslandsanleihe in Höhe von 20 Millionen Mark abzuschließen. Die Bedingungen seien zwar als recht günstig zu bezeichnen. Die Anleihe sei aber „wesentlich teurer, und muß es nach Lage des deutschen Geldmarktes sein, als die im Herbst v. J. von der Stadt Frankfurt mit einem amerikanischen Bankhaus vereinbarte Anleihe von damals 15 Millionen Dollar. Diese Anleihe hätte die Stadt etwa 6 1/2 Prozent Zinsen gekostet. Ihre Realisierung scheiterte an den bekannten Widerständen, die dazu führten, daß die Beratungskommission in Berlin einfach ihre Bureaus schloß. Diese von Herrn Schacht geförderte, mindestens nicht verhinderte Berlin-Washingtoner Politik der Absperrung der deutschen Kommunen vom ausländischen, insbesondere dem amerikanischen Geldmarkt hat, abgesehen von anderen unmittelbaren Schädigungen, auch dazu geführt, den Kredit der öffentlichen Hand erheblich zu verteuern und so der Bürgerschaft erhöhte Lasten aufzubürden. So verhältnismäßig vorteilhaft auch die jetzt abgeschlossene Anleihe ist, so ist doch im Hinblick auf den etwa 1 1/2 Prozent teurer und erfordert somit einen jährlichen Zinsmehrverbrauch von 300 000 Mk. Das ist ein Betrag, mit dem sich schon sehr viel Wertvolles und Dringliches im Aufgabenbereich einer Großstadtgemeinde erledigen läßt. Die Sparlosigkeit, die von oben her den Gemeinden so eindringlich gepredigt wird, wirkt sich hier in sehr schmerzlicher Weise in das gerade Gegenteil um.“

Das Defizit im Berliner Haushaltplan

Der Haushaltplan der Reichshauptstadt weist für 1928 ein Defizit von 10 Millionen Mark auf. Der Versuch, dieses Defizit wenigstens teilweise durch einen besseren Finanzausgleich zugunsten Berlins zu decken, ist an der Haltung der bürgerlichen Fraktionen des preussischen Landtags gescheitert. Die Stadt mußte deshalb von sich aus versuchen, auf irgendeine Art das Defizit zu beheben. Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat am Montag einen derartigen Versuch gemacht und beschloß, von den Mitteln für die in Aussicht genommenen Schulbauten 3 Millionen Mark, und von den Kosten für geplante Straßenausbauarbeiten 6 Millionen Mark abzusetzen. Von den Wohnungsbauarbeiten werden 3 Millionen Mark für Zuschußhypothesen, die in der nächsten Zeit noch nicht gebraucht werden, herausgelassen. Der Rest des Defizits wird gedeckt durch eine Verringerung des Beitrages für die Polizeikosten von 1,3 Millionen, eine vermehrte Abgabe der Wasserwerke um 500 000 Mark, eine Erhöhung des Ansatzes für die Gewerbesteuer von 1 Million und eine Erhöhung aus den Einnahmen der Landesbankkassa von 3,5 Millionen.

Die polnische Sphinx

Sur Parlamentsöffnung in Warschau

Am 27. März beginnt in Polen eine neue Parlamentsperiode. An diesem Tage wird der neugewählte Sejm, der polnische Reichstag, eröffnet. Die Neuwahlen in Polen, mit denen als erste in Europa das große Wahljahr 1928 eingeleitet worden ist, haben eine klare Entscheidung und die erhoffte Klärung der verworrenen politisch-parlamentarischen Situation in Polen nicht gebracht. Auch nach den Wahlen erscheint Polen als die rätselhafte, undurchdringliche und unberechenbare Sphinx an der Weichsel.

Der Regierunqsblock, die neue Pilsudski-Partei, hat im Sejm 125 Mandate erobert. Vor den Wahlen rechnete man damit, daß er kaum mehr als zwei Drittel dieser Zahl erreichen wird. Der Pilsudski-Block hat also zweifellos einen Sieg errungen, wenn auch nur unter der Anwendung aller möglichen Mittel des Terrors. Er ist im Parlament die stärkste Partei und kann — je nach Bedarf seines Führers — mit rechts oder links eine Mehrheit bilden. Trotz dieser günstigen Situation will im Regierungslager keine rechte Siegerstimmung aufkommen. Der Grund dafür ist in erster Linie in dem starken Anwachsen der Parteien der Linken zu suchen. Allein die Sozialisten konnten ihre Mandatszahl von 41 auf 64, also mehr als 50 Prozent, erhöhen. Die beiden radikalen Bauernparteien haben 67 Sitze erobert. Beide Parteien sind stark in die bäuerlichen Wählermassen eingedrungen, so daß man in gewissem Sinne von einem Vormarsch der kleinbürgerlichen Massen reden kann, zumal auch die 45 Abgeordneten der Ukrainer und die 9 der Weiskruhen hauptsächlich mit bäuerlichen Stimmen gewählt worden sind. Zahlenmäßig haben die Parteien der Linken und der nationalen Minderheiten, wenn man die kleinen Splitterparteien mit einrechnet, sogar eine Mehrheit. Eine Grundlage für eine Regierung könnte eine solche Mehrheit, die etwa 15 Fraktionen in sich vereinigen müßte, freilich nicht abgeben, wohl aber kann sich diese linksgerichtete Mehrheit bei gewissen Abstimmungen der Pilsudski-Regierung unangenehm bemerkbar machen. Es kommt noch hinzu, daß auch im Pilsudski-Block bäuerlicher Einschlag vorhanden ist. In den entscheidenden politischen Fragen werden diese Bauernvertreter zweifellos mit dem Marschall durch dick und dünn gehen, aber in sozialen Dingen — z. B. bei der Agrarreform — können sie leicht nach links abschwanken. Schließlich ist zu beachten, daß die Abgeordneten der Pilsudski-Partei nicht auf ein bestimmtes Programm, sondern auf den Namen Pilsudski gewählt wurden und bereits über geplante Gruppenbildungen innerhalb der Regierungspartei berichtet wird. Besonders wichtig ist, daß Pilsudski ohne die Linke und Teile der Minderheiten keine qualifizierte Mehrheit für Verfassungsänderungen zusammenbekommt.

Im ganzen betrachtet, stellt das Wahlergebnis immerhin einen bedeutenden Erfolg des Marschalls dar. Das Regime Pilsudski erscheint, wenn man neue, gewaltsame Umwälzungen als unwahrscheinlich nicht in Rechnung stellt, für lange Zeit gesichert. Pilsudskis Organ Glos Prawdy schrieb vor den Wahlen einmal den Satz: „Vom Ausgang der Wahlen hängt weder das Schicksal des Landes, noch das Schicksal der Regierung ab.“ Nach der Lage der Verhältnisse in Polen war diese Prognose zweifellos richtig. Niemand wird glauben, daß Pilsudski etwa das Feld geräumt hätte, wenn die Pilsudski-Parteien bei den Wahlen eine Niederlage erlitten hätten. Er würde eben dann weiter diktatorisch ohne Unterstützung des Parlaments regieren haben. Jetzt hat er die Möglichkeit, die Diktatur im parlamentarischen Gewande zu führen. Daß Pilsudski den Parlamentarismus haßt und das Parlament verachtet, hat er dem verstorbenen Sejm gegenüber oft genug bewiesen. Trotzdem zieht er es aber, gleich einem modernen Diktator, vor, möglichst nicht ohne das demokratische Mantelchen auf der politischen Bühne zu erscheinen.

Inwieweit der Marschall diese Möglichkeit ausnützen will, dürfte sich bald zeigen. Schon die ersten Sejmstungen dürften hier eine gewisse Klärung bringen. Pilsudski will dem Parlament den bisherigen Vizepremierminister Bartel als Sejmarschall (Reichstagspräsident) aufzwingen. Aber weder die Rechte noch die Linke will darauf eingehen. Die sozialdemokratische Fraktion hat einstimmig beschlossen, den Genossen Daszynski als Kandidaten für diesen Posten aufzustellen. Ein Prüfstein dafür, ob das neue Parlament seine Rechte zu wahren versteht, dürfte dann die Abstimmung über die während der parlamentarischen Zeit erlassenen Dekrete, darunter das berüchtigte Presseverbot, sein. Gegen dieses wird zweifellos eine Mehrheit vorhanden sein, und dann muß es sich zeigen, ob die Regierung ihr Dekret zurückzieht und wie sich das Parlament stellt, wenn sie es nicht tun sollte.

Die Möglichkeit neuer Konflikte ist hier also schon am Anfang gegeben. Von größter Wichtigkeit sind dann aber die von Pilsudski geforderten Verfassungsänderungen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die Erweiterung der Rechte des Staatspräsidenten, die Einschränkung der Ministerverantwortlichkeit gegenüber dem Sejm und die Wahl des Staatspräsidenten durch Volksabstimmung; außerdem werden noch gewisse Vollmachten für den Staatspräsidenten auf außenpolitischem

Der Marineetat vor dem Reichstage

Die Vormittagssitzung

Berlin, 27. März. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Reichstag begann heute seine Sitzung bereits um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Marineetats, die der Erörterung des Rohmann-Komplexes folgen soll.

Abgeordneter Kuhn (Soz.)

begründet die sozialdemokratischen Anträge, die die Marineausgaben um rund 50 Millionen kürzen und auch die Mittel für das neue Panzerschiff nicht bewilligen wollen. Angesichts der faschistischen Umtriebe bei der Marine und im Hinblick auf den Phobos-Skandal können die Sozialdemokraten die Haltung der Marineleitung nicht billigen. Als Schutz der deutschen Handelschiffe sei die deutsche Marine unbrauchbar. Es sei ein Unsinn und schädlicher Luxus, in der kleinen deutschen Flotte alle Möglichkeiten des Versailles-Vertrages auszuschöpfen zu wollen. Deutschland werde auch ohne Flotte sich seinen Platz unter den Völkern der Welt sichern, wenn es konsequent die Verdrängungspolitik fortsetze. Für Seegerichte größeren Stils könne auch nach Meinung des Ministers Gröner Deutschlands keine Flotte nicht in Frage kommen. Die gleichwohl von ihm angeführten Gründe für das neue Panzerschiff seien nicht stichhaltig. Tatsächlich würde das größte Schiff die Freihaltung der Ostsee und die Sicherung der deutschen Neutralität nicht erreichen können. Ein auf 10 000 Tonnen beschränktes deutsches Panzerschiff könne nicht aufkommen gegenüber den Kolossen anderer Seemächte. Deutschland müsse nach dem Versailles-Vertrag ohne U-Boote und ohne Flugzeuge seine Schiffe in den Kampf schicken. Das würde aber nach Meinung der Sachverständigen reiner Selbstmord sein. Jetzt seien allein in der Ostsee 56 fremde U-Boote stationiert und 11 neue würden in diesem Jahr hinzukommen. Nach der Meinung dieser Sachverständigen seien die deutschen Häfen nicht vor der See auszuverteidigen, sondern vom Lande her. Die führende Zentrums- und die führende Sozialdemokratische Presse habe sich noch vor kurzem mit den besten Argumenten gegen das neue Panzerschiff ausgesprochen. Der Redner wendet sich dann

gegen die Zahl der Offiziere, die für die kleine Flotte viel zu groß sei. Die Beförderung des Kapitäns Kolbe sei eine Provokation, nachdem dieser Kapitän dem Prinzen Heinrich Gelegenheiten zu großen Reden auf Schiffen der deutschen Republik gegeben habe. Ebenso schlimm sei die Beförderung des Kapitäns von Vönsenfeld zum Konteradmiral. Auf den Linienschiffen Schleswig-Holstein und Schwerin seien monarchistische Bilder angebracht und die Heizkörper Radiatoren und die Klöppel der Schiffsglocken schwarzweißrot angestrichen. Die Marineoffiziere, die Verbindungen mit verbotenen Wehrverbänden unterhalten, müßten sämtlich entlassen werden. (Lebhafte Bravo! bei den Soz.)

Abgeordneter Trevisanus (Deutschnat.) erklärt, die deutsche nationale Fraktion werde dem Marineetat und das neue Panzerschiff bewilligen. Die Marinefachverständigen seien über den Wert dieses Panzerschiffes anderer Meinung als der Abgeordnete Kuhn. Man hätte dieses Schiff besser als gepanzerten Kreuzer bezeichnen sollen. Das Flottenbauprogramm des Großadmirals Tirpitz werde ganz zu Unrecht beschuldigt, den Konflikt mit England verursacht zu haben. Er habe vor dem Bagdad-Bahnpoker gewarnt (Zurufe links: Das hat Helfferich gemacht!) Helfferich hat als Bevollmächtigter der Deutschen Bank fortgesetzt, was 1888 die Deutsche Bank begonnen hatte. Die frühere Generalstabsauffassung, daß der Krieg nicht zur See entschieden werden könne, ist durch den Kriegsausgang widerlegt worden.

Danach sprachen die Abgeordneten Wegemann (Zentrum) und Brüninghaus (Deutsche Volkspartei).

Um 12 Uhr mittags dauern die Verhandlungen fort.

Knüppel-Kunze fliegt

SPD Berlin, 27. März. (Radio.)

Auf dem gestrigen in Berlin abgehaltenen „Parteitag“ der im Verborgenen blühenden sogenannten „Deutschnationalen Partei“ wurden die bisherigen Reichsführer und Antisemiten, Kunze, Berlin, und Blumenritzi, Dresden, aus der Partei ausgeschlossen.

Wieseltich werden sich die beiden nationalen Heiden nun den „Antisozialisten“ anschließen.